

P R E S S E D I E N S T

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 15, 16 und 51 – Repowering von Windenergieanlagen -

Dazu sagt der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen,
Karl-Martin Hentschel:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 151.02 / 19.06.2002

Erfolgsstory Windenergie

Vielen Dank an die Opposition für ihre Steilvorlage, die es uns ermöglicht, erneut mit unserem Vorzeigethema zu punkten. In Bezug auf die Energiewende weg von Kohle und Atom hin zu regenerativen Energien ist Schleswig-Holstein nun mal weltweit die Nummer 1.

Im Februar diesen Jahres wurde in Schleswig-Holstein 50 Prozent des verbrauchten Stroms durch Windenergie erzeugt. Und so soll es gerne weitergehen. Wir Grünen in Schleswig-Holstein unterstützen die weitere Expansion der Windenergienutzung und sehen die Zukunft der Windenergie, neben dem Repowering an Land, eindeutig in der Offshore-Nutzung auf See.

Repowering bedeutet, dass an vorhandenen Standorten alte, ertragsschwache Anlagen durch neue Windkraftanlagen ersetzt werden. Dabei gilt die Faustformel: Halbierung der Zahl der Anlagen, Vervielfachung der Leistung. An den Eignungsflächen (ein Prozent der Landesfläche) ändert sich nichts.

Wir sind allerdings dafür, die technologische Weiterentwicklung der Windanlagen nicht an Höhengrenzen von 100 Metern scheitern zu lassen. Eine Höhe von 130 Metern für Turm und Rotor muss möglich sein - mit flexibler Handhabung vor Ort.

Die rot-grüne Bundesregierung erwartet bis zum Jahr 2030 eine erreichte Gesamtleistung aller Windenergieanlagen von 40.000 MW, davon die Hälfte im Bereich Offshore. Damit hätte die Windenergie in Deutschland einen Anteil von mehr als 20 Prozent an der Elektrizitätserzeugung. Für Schleswig-Holstein erwarten wir mit Repowering und der Offshore-Nutzung einen Anteil von 50 Prozent Windstrom am Stromverbrauch unseres Landes.

Grüne

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Das Windjahr 2002 hat mit einem fulminanten Start begonnen. In den ersten drei Monaten wurden 353 Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 457 MW neu errichtet. Damit sind Ende März 2002 in der Bundesrepublik 11.800 Windräder installiert, mit einer Gesamtleistung von 9.200 MW. Diese Leistung entspricht der Stromerzeugung von sieben großen Atomkraftwerken, wie dem von Brokdorf! Der Zuwachs in Schleswig-Holstein war unterdurchschnittlich, das liegt daran, dass die Eignungsflächen an Land, das sind ein Prozent der Landesflächen, fast schon ausgereizt sind. Deshalb muss Schleswig-Holstein auf das Repowering auf genutzten Flächen und auf die Windkraftnutzung im Meer vor den Küsten setzen.

Die Erfolgsstory Windenergie in Schleswig-Holstein ist in seiner Dynamik eng verbunden mit dem EEG, dem Erneuerbaren Energien Gesetz. Seit dem 1.4.2000 in Kraft, hat dies weltweit einmalige und stark beachtetes Gesetz für alle regenerativen Energien einen Push gebracht. Wichtig sind die festen Einspeisevergütungssätze, mit Absenkungen analog der technischen Entwicklung, und die Verpflichtung der Netzbetreiber, den gesamten regenerativen Strom vorrangig abzunehmen. Die Zusatzkosten werden dann bundesweit auf den Strompreis umgelegt.

Auch finanziell ist die Windenergie eine Cash-Maschine für Schleswig-Holstein mit seinem hohen Windenergieanteil. Die im Jahr 2001 erzeugten 2250 GW Windstrom bedeuten, dass eine Einspeisevergütung von 195 Millionen Euro nach Schleswig-Holstein fließen wird, und zwar zum größten Teil in die Kassen von Schleswig-Holsteiner BürgerInnen. Dabei ist das Preisniveau für Strom in diesem Land niedriger als in den anderen Bundesländern. Das EEG ist eine hervorragende Quelle für Einnahmen vor Ort aus der Erzeugung umweltverträglichen Stroms.

Die Grünen in Schleswig-Holstein sehen große Chancen im Bereich der Offshore-Windkraft, sowohl für eine Energiewende ohne Atomstrom und als auch für viele neue Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein, vor allem an der Westküste.

Schon heute ist Nordfriesland Stromexporteur. Es wird mehr Windstrom erzeugt als insgesamt Strom im Kreisgebiet verbraucht wird. Die Windbranche erwirtschaftet in Nordfriesland 17 Prozent des dortigen Bruttosozialproduktes. In Husum, der Windhauptstadt, stammen 40 Prozent der Gewerbesteuererinnahmen von den Windenergieunternehmen.

Das EEG, das Erneuerbare Energien Gesetz, hat seit dem 1.4.2000 mit den festen Einspeisevergütungen für Öko-Strom ein Investitionsvolumen von 10 Milliarden Euro ausgelöst. In der Windbranche arbeiten schon 35.000 Menschen. Allein für 2002 werden 3.000 bis 5.000 neue Jobs erwartet. Wie bedeutend inzwischen die Windkraftanlagenhersteller sind, zeigt eine fast unglaubliche Zahl: Die Windschmieden in Deutschland haben sich nach der Automobilindustrie zum zweitgrößten Kunden der Stahlindustrie entwickelt.

Die Diskussion nach den Terroranschlägen vom 11.September hat deutlich gemacht, dass die bisherigen Risikoabschätzungen für Atomkraftwerkunfälle nicht ausreichen. Ein

gezielter Angriff mit vollgetankten Passagierflugzeugen auf laufende AKWs ist nicht mehr auszuschließen. Das ist keine Panikmache, sondern nüchterne Analyse.

Je schneller wir aus der Atomenergie aussteigen, desto besser. Dafür brauchen wir die Energiewende, hin zu den erneuerbaren Energien. Windanlagen und Solarmodule taugen kaum als Ziele von Terroranschlägen. In Schleswig-Holstein ist der Atomausstieg und die Energiewende schon zur Hälfte geschafft. Neben der Windenergie trägt die Kraft-Wärme-Kopplung dazu bei. In Schleswig-Holstein haben wir einen 20-prozentigen-Anteil an KWK-Strom, das ist das Doppelte des Bundesdurchschnitts. Dazu kommen Solarenergie, die Biomasse und eventuell auch die Nutzung der Erdwärme (Geothermie).

Zur Energiepolitik gehört auch der Verkehrsbereich, der einen weiter steigenden Energieverbrauchsanteil aufweist. Dabei leugnen wir die Anstrengungen der Autoindustrie in den Bereichen Abgasverringern und Verbrauchsabsenkungen nicht.

Anfang diesen Monats hat der Finanzausschuss des Bundestages beschlossen, Biokraftstoffe von der Mineralölsteuer zu befreien. Damit gibt es einen deutlichen Preisabstand zwischen Biosprit und den Treibstoffen aus Mineralöl. Gerade für ein Flächenland wie Schleswig-Holstein mit relativ bedeutender Landwirtschaft ist das ein Signal für ein weiteres interessantes Standbein der Bauern. Das musste auch der Bauernpräsident Sonnleitner unumwunden bestätigen, der ansonsten der rot-grünen Politik nicht so zugehört ist.

In der Energiepolitik, auf dem Weg ins Solarzeitalter, haben die Landesregierung und die Bundesregierung Pflöcke eingeschlagen, die eine nachhaltige Entwicklung garantieren. Im Sinne der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft will ich diese Politik unbedingt fortführen, auch nach dem 22.9.02. Das wird auch gelingen.
